



## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Mit der 3. Ausgabe der ZEIT-Schrift FÜR INTEGRATION wollen wir Sie über die Fachtagung „Vom Objekt zum Subjekt – Inklusive Pädagogik und Selbstbestimmung“, die vom 12.-13. November 2003 an der Universität Klagenfurt stattfinden wird, informieren.

Weiters finden Sie in dieser Ausgabe einen Kurzbericht über das von Frau Sigot kürzlich abgeschlossene Projekt „Zur Lebenssituation von Frauen mit geistiger Behinderung“ sowie wie gewohnt Infos zum Arbeitsbereich für Integrationspädagogik und zum Beratungs-, Mobilitäts- und Kompetenzzentrum.

Viel Erfolg für das Wintersemester 2003 wünschen Ihnen

Arbeitsbereich für  
Integrationspädagogik  
&  
Beratungs-, Mobilitäts-  
und Kompetenzzentrum

## Vom Objekt zum Subjekt

Inklusive Pädagogik und Selbstbestimmung

Fachtagung an der Universität Klagenfurt  
**12.-13. November 2003**  
Hauptgebäude z-109



*Nun mach schon; oder soll ich dir's auch noch vorkauen?  
(Manchmal sollte man sich besser fragen, ob die Wohltat,  
die man einem Behinderten erweist, ihn nicht noch  
stärker behindert)*

Öffentlicher Festvortrag | 12.11.2003 | 20.00 Uhr

**Reinhard Markowetz:**

Inklusion – Neuer Begriff, neues Konzept, neue Hoffnungen für die Selbstbestimmung und Partizipation von Menschen mit Behinderungen



*Veranstalter:*

Arbeitsbereich für Integrationspädagogik, Universität Klagenfurt  
Beratungs-, Mobilitäts- und Kompetenzzentrum (BMKz)  
Behindertenbeauftragter der Universität Klagenfurt

## Wann kommt der/die neue Professor/in für Sozial- und Integrationspädagogik?

Nachdem die Stelle über den Sommer ausgeschrieben wurde (Bewerbungsfrist endete im Juli 03), sich zahlreiche KandidatInnen bewarben, die Berufungskommission bereits mehrmals tagte und eine Vorauswahl der BewerberInnen erfolgte, ist man geneigt, anzunehmen, dass die Nach- bzw. Neubesetzung der durch das Ableben von Prof. Hans Hovorka vakant gewordenen Stelle lediglich eine Frage einiger weniger Monate sei. Wäre da nicht eine Universitätsreform, die mit 1.1.2004 in Kraft treten und keinen Stein auf dem anderen lassen wird.

Die Frage, ob und wann der/die neue Professor/in für Sozial- und Integrationspädagogik kommen wird, bleibt also offen. Vorläufig bestehen bleiben eine große Zahl von Studierenden mit dem Wunsch nach Betreuung von sozial- und integrationspädagogisch ausgerichteten Diplomarbeiten, ein hervorragend ausgelasteter Studiengang ohne ProfessorIn und eine Region, die zusätzliche sozial- und integrationspolitische Impulse braucht.

## Fachtagung im November 03

### „Vom Objekt zum Subjekt – Inklusive Pädagogik und Selbstbestimmung“

In der Behindertenpolitik hat im Laufe der letzten Jahre ein Paradigmenwechsel weg von der Defizitorientierung hin zu einem sozialen Verständnis von Behinderung, das Behinderung als ein durch die Umwelt, die Gesellschaft produziertes Problem begreift, eingesetzt. Damit verbunden ist auch die Notwendigkeit der Diskussion des Begriffes „Integrationspädagogik“. Der neue Begriff „Inklusion“, das selbstverständliche und vollständige Dazugehören, die Präsenz und Mitwirkung von Menschen mit Behinderung in allen Gesellschaftsbereichen und die Anerkennung von Unterschieden, Vielfalt und Pluralität wird bei der Tagung ein zentrales Thema sein. Der Aspekt der Selbstbestimmung spielt dabei eine entscheidende Rolle. In drei Arbeitsgruppen werden die drei Schwerpunkte des Fachsymposiums bearbeitet: Inklusive Pädagogik und Selbstbestimmung; Praxis und Entwicklungsperspektiven von people-first-Bewegungen; Praxis und Entwicklungsperspektiven von Selbstbestimmt-Leben-Bewegungen.

Am Abend des 12. November 2003 um 20.00 Uhr findet im Rahmen der Fachtagung ein öffentlicher Festvortrag von Reinhard Markowetz mit dem Titel „Inklusion – Neuer Begriff, neues Konzept, neue Hoffnungen für die Selbstbestimmung und Partizipation von Menschen mit Behinderungen“ statt.

Weitere Inhalte sind die Präsentation der Hauptergebnisse der von Frau Sigot geleiteten und kürzlich abgeschlossenen Studie „Die Lebenssituation von Frauen mit geistiger Behinderung“ und eine Projekt-Präsentation des Vereines ATEMPO.

Anlass der in Memoriam Hans Hovorka stattfindenden Tagung sind das 10jährige Jubiläum des Arbeitsbereichs für Integrationspädagogik am Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung sowie das einjährige Bestehen des Vereines Beratungs-, Mobilitäts- und Kompetenzzentrum (BMKz).

Das Tagungsprogramm im Detail:

#### *Mittwoch, 12. November 2003:*

12.00 – 13.00 Uhr	Begrüßung, Vorstellungsrunde, Ablaufhinweise
13.00 – 13.30 Uhr	Einführung in das Tagungsthema
13.30 – 14.00 Uhr	Pause
	Impulsreferate zu den drei Arbeitsgruppen:
14.00 – 15.00 Uhr	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Inklusive Pädagogik und Selbstbestimmung</li> <li>▪ Praxis und Entwicklungsperspektiven von people-first-Bewegungen</li> <li>▪ Praxis und Entwicklungsperspektiven von Selbstbestimmt-Leben-Bewegungen</li> </ul>
15.00 – 15.30 Uhr	Rückfragen und Zuordnung zu Arbeitsgruppen
15.30 – 18.00 Uhr	Arbeitsgruppen zu den drei Themenbereichen

**20.00 Uhr**

#### **Reinhard Markowetz:**

Inklusion – Neuer Begriff, neues Konzept, neue Hoffnungen für die Selbstbestimmung und Partizipation von Menschen mit Behinderungen  
(Öffentlicher Festvortrag)

#### *Donnerstag, 13. November 2003:*

09.00 – 09.45 Uhr	Präsentation der Hauptergebnisse der Studie „Die Lebenssituation von Frauen mit geistiger Behinderung“
09.45 – 10.30 Uhr	Projekt-Präsentation des Vereines ATEMPO
10.30 – 11.00 Uhr	Pause
11.00 – 13.00 Uhr	Fortführung der Arbeitsgruppen vom Vortag
13.00 – 14.30 Uhr	Mittagspause
14.30 – 15.30 Uhr	Präsentation der Arbeitsgruppenergebnisse im Plenum und Diskussion
15.30 – 16.00 Uhr	Zusammenfassung der Tagungsergebnisse und Ausblick

# Persönliche Assistenz und Selbstbestimmung

Text: Ernst Kočnik | 8. Juli 2003

Vom Beratungs-, Mobilitäts- und Kompetenzzentrum, dem Arbeitsbereich für Integrationspädagogik sowie dem Behindertenbeauftragten der Universität Klagenfurt eingeladen, referierte Frau Mag.<sup>a</sup> Dorothea Brozek am 4. Juni 2003 an der Universität Klagenfurt zum Thema „Persönliche Assistenz und Selbstbestimmung“. An der Veranstaltung nahmen rund 50 interessierte ZuhörerInnen teil.

## Positive Zukunftsperspektiven

Die Referentin bezeichnete das Thema als ihr Lebensthema, manchmal ihr Überlebens-thema. Dieses Thema ist für sie nicht nur durch ihre be-



rufliche Tätigkeit als Leiterin der im Februar 2002 gegründeten Wiener Assistenzgenossenschaft von Interesse, sondern ist auch persönlich ein ganz wichtiges Thema für sie. „Das erste Mal in Berührung kam ich damit zu Beginn meiner Studienzeit, Anfang 20. Texte von Adolf Ratzka zum Thema Selbstbestimmt Leben/Persönliche Assistenz kamen da in meine Hände und endlich hatte ich das vor meinen Augen, was ich nicht aussprechen konnte und wofür ich auch keine Worte damals gefunden habe, wie ich leben möchte. Ich wusste nur eins, ich gehe sicher in kein Heim“. Diese ersten Kontakte mit Persönlicher Assistenz, mit den Thesen von Adolf Ratzka, gaben der Referentin positive Perspektiven für ihre Zukunft. Ihre Lebensqualität wäre ohne Persönliche Assistenz bei weitem nicht dieselbe, da ihr laut eigener Aussage, vermutlich Ausbildung und berufliche Tätigkeit verwehrt (geblieben) wären. „Als Tochter, als Reisende, als Berufstätige, als Liebende, alle sozialen Rollen, die mein Leben einnimmt, hätte ich bisher ohne Persönliche Assistenz so nicht leben können.“

## Keine Objekte der Fürsorge

Frau Brozek setzte den Titel ihres Vortrags mit „Persönliche Assistenz als eine Voraussetzung für Gleichstellung und Chancengleichheit“ fest und begann mit ein paar Worten zur Selbstbestimmt-Leben-Bewegung, der Bürgerrechtsbewegung behinderter Menschen. Dieser liegt die Änderung der Sichtweise von Menschen mit Behin-

derungen zugrunde. Behinderte Menschen wollen nicht mehr Objekte der Fürsorge sein, wollen nicht mehr betreut und bevormundet werden. Im Sinne von Selbstbestimmt Leben ist es wichtig und notwendig, Behinderung als eine Frage des politischen Bewusstseins zu sehen, weil behinderte Menschen durch Barrieren und nicht vorhandene Rahmenbedingungen weit mehr behindert werden als durch ihre eigene Behinderung. „Die Behinderungen von außen sind Menschen gemacht, also veränderbar, auf der politischen Ebene zu lösen“, führte die Vortragende aus und betonte, dass Behinderung nicht mehr länger im Kontext des medizinischen Modells betrachtet werden darf, da dieser Ansatz nach Diagnose kategorisiert, aussondert und definiert, was alles nicht möglich ist. Laut Frau Brozek ist es wichtig und nötig, Behinderung im Kontext des sozialen Modells zu betrachten, von Fragen auszugehen, was ist zu tun, damit vieles möglich wird. Selbstbestimmt Leben bedeutet, akzeptable Wahlmöglichkeiten zu haben. Wahlmöglichkeiten, die insbesondere behinderte Menschen, wenn sie behinderungsbedingt Hilfen im Alltag benötigen, nicht haben. Als Expertin in eigener Sache, hat die Selbstbestimmt-Leben-Bewegung eigene Wege entwickelt, u.a. Persönliche Assistenz. Vorreiterrollen bei der Umsetzung von Persönlicher Assistenz in Europa nahmen Deutschland, auch wenn es dort keine bundeseinheitliche Regelung dafür gibt, und selbstverständlich Schweden, wo bereits 1994 ein Assistenzgesetz eingeführt wurde, ein. Für die Selbstbestimmt-Leben-Bewegung ist Persönliche Assistenz ein wesentliches Instrument, das Chancengleichheit ermöglicht und Diskriminierung behinderter Menschen, die als pflegebedürftig bezeichnet werden, verhindert.

## Anständige Gesellschaft

Nach dieser kurzen Einführung zur Selbstbestimmt-Leben-Bewegung setzte die Referentin mit einem Zitat des Philosophen Avishai Margalit fort, für den eine anständige Gesellschaft folgendes bedeutet:

„In einigen Gesellschaften gibt man sich große Mühe, behindertengerechte Bedingungen zu schaffen, um den betreffenden Personen einen möglichst großen Handlungsspielraum zu geben. In anderen Gesellschaften hingegen, sehen sich Behinderte unaufhörlich demütigenden Situationen ausgesetzt, weil sie auf die Hilfsbereitschaft anderer Menschen angewiesen sind. Und dies kommt auch in Gesellschaften vor, die durchaus über die notwendigen materiellen Mittel verfügen, Behinderten ein gewisses Maß an Unabhängigkeit zu ermöglichen. Eine Gesellschaft ist entwürdigend, wenn sie die erforderlichen Mittel hat, aber keine Bereitschaft zeigt, diese den Behinder-

ten zur Verfügung zu stellen“ (Avishai Margalit: Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung; Fischer).

Der Philosoph untersucht in seinem Buch die Grundlagen einer anständigen Gesellschaft. Er geht davon aus, dass es illusorisch ist, eine gerechte Gesellschaft zu erreichen und definiert Anforderungen an Institutionen, die er als Mindeststandards für deren Anständigkeit versteht. Eine Gesellschaft ist nach Margalit anständig, wenn ihre Institutionen die Menschen nicht demütigen. Unter Demütigung versteht er den Ausschluss aus der Menschengemeinschaft, die gezielte Freiheitsberaubung, den Verlust von Kontrollfähigkeit.

Zur Situation von behinderten Menschen in Österreich mit hohem Assistenzbedarf, gibt die Referentin zu bedenken, dass diese entweder noch immer in ihren Ursprungsfamilien oder in Einrichtungen, in Pflegeheimen, in größeren oder kleineren Wohngruppen leben und deren persönliche Freiheit dadurch sehr eingeschränkt ist. Sie sind in einem selbstbestimmten Leben gehindert, können oft kein normales Leben mit Job, Partnerschaft, Kindern oder einer chancengleichen Beteiligung am öffentlichen Leben führen, die Kontrolle über Leib und Leben ist ihnen genommen und sie sind ständig auf die Hilfsbereitschaft anderer angewiesen. „Vorhandene soziale Dienste sind in ihren Angebotsstrukturen nicht auf aktive, berufstätige KundInnen ausgerichtet und daher oft für behinderte Menschen nicht geeignet“, betonte Frau Brozek und zog einen Vergleich zum Modell der Persönlichen Assistenz, „das davon ausgeht, dass behinderte Menschen selber entscheiden, wer ihnen die Hilfen leistet, wo und wann sie passieren.“ Bei der Persönlichen Assistenz leiten behinderte Menschen ihre AssistentInnen selbst an, definieren selbst deren nötige Qualifikationen und bestimmen selbst, wer für welche Leistung bezahlt bekommt – sie haben die Personal-, Organisations- und die Finanzkompetenz.

### Wiener Assistenzgenossenschaft

Im weiteren Verlauf des Vortrags ging die Referentin auf die am 1. Februar 2002 gegründete Wiener Assistenzgenossenschaft (WAG) ein. Die WAG ist eine registrierte gemeinnützige Genossenschaft und ist Mitglied beim Österreichischen Genossenschaftsverband / Schulze – Delitzsch. Die Rechtsform der Genossenschaft hat sich in Bremen, Hamburg und in Schweden im Laufe der

letzten zehn Jahre sehr gut bewährt. Die Startfinanzierung erfolgte über den Bund im Rahmen der „Behindertenmilliarde“. Wesentlich für die Finanzierung war, dass sich das Land Wien über die Behindertenhilfe an dem Projekt beteiligt, damit also die Nachhaltigkeit gegeben ist, und die Argumentation, dass Persönliche Assistenz eine wesentliche Maßnahme zur Chancengleichheit behinderter Menschen darstellt, insbesondere was die Annäherung an den 1. Arbeitsmarkt betrifft. Vorerst wurde vom Land Wien eine Limitierung auf 20 Personen vorgenommen, d.h. 20 Personen, die Anspruch auf ambulante Betreuung nach dem Wiener Behindertenhilfegesetz haben, dürfen bei der WAG Persönliche Assistenz im Ausmaß von acht Stunden pro Woche einlösen. Der Stundensatz der WAG beläuft sich auf € 22,- pro Assistenzstunde, andere Anbieter in Wien verlangen 40 bis 50 EURO. Der Begriff Persönliche Assistenz steht für jede Art der personellen Hilfe, die ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben ermöglicht und umfasst u.a. die Bereiche Körperpflege, Haushalts-, Mobilitäts- und Kommunikationshilfe.

„Persönliche Assistenz als ein Hilfemodell unterscheidet sich von anderen in der Qualität, weil behinderte Menschen, die KundInnen, die Kontrolle darüber haben, wer ihnen wann, wie und wo assistiert. Das besondere an Persönlicher Assistenz ist, dass die Arbeitsstelle der einen die Privatheit der anderen ist. Und daher ist es so wichtig, dass behinderte Menschen die Kontrolle darüber haben, wer diese Arbeit verrichtet. Persönliche Assistenten und Assistentinnen kennen unser ganzes Leben, wenn wir behinderte Menschen Hilfen im Alltag brauchen heißt das, dass wir zu gläsernen Menschen werden, ob wir wollen oder nicht. Und daher ist es noch die beste Art damit umzugehen, mit Persönlicher Assistenz zu leben, weil wir dadurch die Kontrolle über unser Leben haben, weil wir dadurch bestimmen, wer Teile



unseres Lebens mitlebt und wer unser Leben in- und auswendig kennt und wem wir vertrauen können und wer diskret damit umgeht. Und diese individuell organisierte Dienstleistung bedeutet dann konkret für die Kundinnen und Kunden, mehr Selbstbestimmung und mehr Eigenverantwortung, mehr Lebensqualität und Chancengleichheit. Die genossenschaftlich organisierte Persönliche Assistenz ermöglicht aber den KundInnen auch, dass ihre Kompetenzen, diese Managerqualitäten, dieses wer-wann-wie-wo, nicht

immer funktionieren müssen.“ Frau Brozek berichtete weiter, dass das Assistenzprojekt von PolitikerInnen und Behörden sehr oft als Elitemodell abgetan wurde, „naja, Persönliche Assistenz das ist ja schön und gut, aber das ist doch nur für ganz wenige, das ist doch nur für jene behinderten Menschen, die sich alles selber checken können, und außerdem können das die wenigsten“.

Genossenschaftlich organisierte Persönliche Assistenz bedeutet, dass KundInnen Teile oder alle Kompetenzen abgeben können. Sie entscheiden, wie viel von der Organisation sie selbst machen wollen bzw. wie viel sie der WAG in Auftrag geben. KundInnen können AssistentInnen vorschlagen, die von der WAG angestellt werden sollen oder sie können AssistentInnen mittels gemeinsam mit der WAG aufgesetzten Zeitungsinserten suchen lassen. Die Personalauswahl erfolgt danach je nach Wunsch der KundInnen entweder durch die KundInnen selbst oder durch die WAG. Weiters bietet die Assistenzgenossenschaft ihren KundInnen Unterstützung bei Assistenzplanbesprechungen an, in denen KundInnen und AssistentInnen gemeinsam aufgetretene Fragen und Probleme reflektieren können. Die WAG übernimmt auf Wunsch die Moderation dieser Assistenzplanbesprechungen oder nimmt lediglich daran teil, je nach Wunsch der KundInnen. Das Organisieren von Vertretungsdiensten im Urlaubs- oder Krankheitsfall ist ein weiteres Angebot der WAG. Die WAG ermittelt in ausführlichen Beratungsgesprächen den individuellen Assistenzbedarf ihrer KundInnen und klärt finanzielle Fragen, was zur Zeit noch ein sehr schwieriges Thema ist. Ein besonderer Teil der Assistenz ist auch die Persönliche Assistenz am Arbeitsplatz, die von der WAG auch angeboten wird. „Und mit dem Angebot haben wir auch im Rahmen der „Behindertenmilliarde“ ein Angebot geschaffen, das es vorher nicht gab und dadurch konnten einige KundInnen, die behindert sind, ihren Arbeitsplatz sichern, sogar einen erlangen oder auch Bildungsmaßnahmen oder ein Studium fortsetzen oder beginnen. Natürlich muss Persönliche Assistenz am Arbeitsplatz aber als Teil einer ganzheitlichen Dienstleistung gesehen werden, und es ist ein wichtiges Angebot“.

„Für einige KundInnen ist aber Persönliche Assistenz grundsätzlich die Voraussetzung dafür, um eben z.B. zur Arbeit zu kommen, morgens pünktlich Hilfe zu haben, die beim Aufstehen, beim Ankleiden, Duschen, Toilette, Frühstück etc. assistiert und am Arbeitsweg unterstützt. Gut organisierte Hilfen entlasten behinderte Menschen und machen so Ressourcen frei bzw. erst möglich, um berufstätig sein zu können. Diese Argumentation und diese Sichtweise, war auch sehr, sehr wichtig, um an die Staatsfinanzierung der „Behindertenmilliarde“ zu kommen“.

### **Selbstverwaltung, Selbsthilfe und Selbstverantwortung**

Als wesentliche Methode der Qualitätskontrolle in der WAG ist der Peer-Gedanke zu sehen, das Peer Counseling, der Peer Support, einfach dass behinderte Menschen andere behinderte Menschen im Sinne der Vorbildwirkung und Identität beraten und begleiten. Die Rechtsform der Genossenschaft wurde u.a. auch als Qualitätsstandard gewählt. Einige der wichtigsten Grundsätze von Genossenschaften sind Selbstverwaltung, Selbsthilfe, Selbstverantwortung und der Grundsatz der Identität von Mitglied und KundInnen. KundInnen sind so als GenossenschafterInnen Mitglied der Genossenschaft und gleichzeitig NutzerInnen des Assistenzangebotes. Durch ihre Mitwirkung als GenossenschafterInnen gestalten sie somit das Angebot der Persönlichen Assistenz selbst mit, erwerben durch ihre Mitgliedschaft aktives Stimmrecht und können so die Entwicklung dieser Dienstleistung aktiv mitgestalten. Monatliche jour fixe-Treffen und vierteljährlich stattfindende Einführungsworkshops für AssistentInnen sowie Fortbildungen für AssistentInnen und KundInnen sind weitere von der WAG eingeführte Qualitätsstandards. Die Einführungsworkshops für AssistentInnen, bei denen es nicht um das Erlernen von Fertigkeiten, sondern um die Entstehungsgeschichte, den Hintergrund und das Selbstverständnis von Persönlicher Assistenz sowie der WAG als Arbeitsgeberin und Dienstleisterin geht, sind für AssistentInnen im ersten Jahr verpflichtend.

Selbstbestimmt leben heißt nicht, alles selbst machen zu müssen, sondern selbst zu entscheiden, wem man welche sein Leben betreffende Aufgaben überträgt. „Und hier ist der große, große Unterschied, der so oft verwaschen wird. Im klassischen Reha-Ansatz werden wir zur Selbstständigkeit verdonnert, dass wir uns zwei Stunden lang in unsere Pullover reinquälen, damit wir dann zwei Stunden erledigt sind und uns dann erholen, damit wir uns die Karotten fürs Mittagessen mühsam 1 ½ Stunden schneiden, das ist so der klassische Reha-Ansatz, wenn ich das ein bisschen überzeichnen darf. Das heißt aber nicht selbstbestimmt und das heißt auch nicht selbstständig. Ja, selbstständig wahrscheinlich, aber es hat nichts mit Lebensqualität zu tun. Weil wenn wir davon ausgehen, dass wir in einer Zeit von Arbeitsteilung einfach leben, dass Tische der Tischler macht und wir beim Bäcker die Semmeln kaufen, wir uns beim Frisör die Haare schneiden lassen, weil das einfach Menschen sind, die das gelernt haben und die das gut und schnell können, dann gehen wir bei Persönlicher Assistenz auch davon aus, dass es eben eine Dienstleistung ist. Und keiner würde irgendwen mitleidig anlächeln, weil er sich den Tisch nicht selber schnitzt, obwohl er es könnte, es würde halt nur länger dauern. Aber keiner wird belächelt, wenn er den fertig beim Händler kauft“.

Als arbeitsmarktpolitische Aspekte der WAG führte die Referentin an, dass erstens Arbeitsplätze für behinderte Menschen, die in der Geschäftsstelle tätig sind, geschaffen werden, dass zweitens Jobchancen für Menschen mit Behinderungen durch Persönliche Assistenz wesentlich steigen und drittens Arbeitsplätze für nicht behinderte Menschen als AssistentInnen geschaffen werden. Ganz wichtig ist auch, dass durch das Angebot Persönlicher Assistenz hilfe- und unterstützungsleistende Familienangehörige – zumeist Frauen – entlastet werden und selbst wieder einer Berufstätigkeit nachgehen können.

Persönliche Assistenz bietet gemäß Frau Brozeks abschließenden Ausführungen behinderten Menschen die Möglichkeit, der Armutsfalle Behinderung zu entfliehen und nicht zu Sozialhil-

feempfängerInnen zu werden, sondern zu GehaltsempfängerInnen. „Behinderte Menschen werden mit dieser Dienstleistung in die Lage versetzt, all ihre Ressourcen zu nutzen und in die Gesellschaft einzubringen. Es ist ein Hilfemodell, das Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Chancengleichheit fördert“. Für die Umsetzung Persönlicher Assistenz, von Chancengleichheit und Gleichstellung bedarf es eines Bundesgleichstellungs- sowie eines Assistenzsicherungsgesetzes in Österreich. „Das sind Elemente einer emanzipatorischen Behindertenpolitik. Und nur dann wird es behinderten Menschen möglich sein, als Teil dieser Gesellschaft aktiv teilzunehmen. Und nur dann kann sich die österreichische Gesellschaft anständig im Sinne des Philosophen Margalit nennen“.

## Die Lebenssituation von Frauen mit geistiger Behinderung

Text: Marion Sigot | 27. Oktober 2003

Im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 ist umfassende, als selbstverständlich angesehene Integration von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen (noch) nicht verwirklicht. Dabei werden Grenzen der Integration vorrangig an der Art der Behinderung festgemacht. Vor allem für Menschen mit geistiger Behinderung fällt es der Gesellschaft schwer, an deren Teilhabe an allen Lebensbereichen zu denken. Differenziert wird auch nach Alterskriterien: so ist die Integration von erwachsenen Menschen mit geistiger Behinderung entsprechend ihren persönlichen Bedürfnissen kaum Thema im pädagogischen Diskurs. Frauen mit einer sogenannten geistigen Behinderung sind von den angesprochenen Rahmenbedingungen besonders betroffen. Ihre Lebenssituation wird im Rahmen der Forschung aber auch in der pädagogischen Praxis wenig reflektiert, ihre Lebenssituation stellt beinahe ein Tabuthema dar. Ähnlich wie Männer mit geistiger Behinderung werden sie häufig als „geschlechtslose Wesen“ gesehen, ihre Teilhabe vor allem an Bereichen, die mit der Identität als Frau verbunden gelten, ist äußerst gering. Dies insbesondere, wenn es um den Bereich der Sexualität geht. Sexualität und Behinderung allgemein kann als doppeltes Tabu bezeichnet werden, besonders stark trifft das auf Menschen mit geistiger Behinderung und hier verstärkt auf Frauen zu. Sexualität wird Menschen mit Behinderungen häufig abgesprochen oder mit vielfältigen Vorurteilen belegt. Damit in Zusammenhang steht häufig auch das Negieren eines Tatbestandes, der Frauen mit geistiger Behinderung sehr häufig betrifft, nämlich der sexuellen Gewalt. Vor allem Frauen mit geistiger Behinderung sind sexuellen Übergriffen oft schutzlos ausgeliefert und können darauf häufig nicht entsprechend reagieren.

Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde versucht, die Situation von Frauen mit geistiger Behinderung als die von Frauen mit besonderen Bedürfnissen zu reflektieren. Dem Projekt, dessen Fragestellungen bzw. (Teil-)Ergebnisse auch in eine gleichnamige Lehrveranstaltung an der Universität Klagenfurt einfließen, lag der Anspruch zugrunde, sich speziell mit der Lebenssituation von Frauen mit geistiger Behinderung zu befassen und Bedingungen ihrer Sozialisation, derzeitige Lebenszusammenhänge und Zukunftsperspektiven zu erforschen. Als Grundprämisse gilt ein Ansatz, der unter anderem in der „Selbstbestimmt-Leben-Bewegung“ seine Wurzeln hat, nämlich, dass die betroffenen Frauen Expertinnen in ihrer eigenen Sache sind. Im Detail wurden folgende Bereiche berücksichtigt: Identität und Sozialisation, Geschlechtsrolle, derzeitige Lebenssituation (Arbeit, Wohnen, Freizeit). Ein wichtiger Aspekt des genannten Projektes beschäftigt sich mit Fragen der Sexualität und mit damit in Zusammenhang stehenden Problemfeldern.

Wichtigstes Anliegen des Projektes war es, zu den genannten Fragestellungen möglichst authentische Aussagen der betroffenen Frauen mit geistiger Behinderung zu erhalten, diese in Bezug zu bereits vorhandenen Forschungsergebnissen zur Lebenssituation von Frauen mit geistiger Behinderung zu setzen und Thesen abzuleiten, die eine Verbesserung der Frau-Umfeld-Beziehung im Sinne der Ausgestaltung bedürfnisgerechter Strukturen im Fokus haben.

Die wichtigsten Ergebnisse des Projektes werden im Rahmen der Tagung „Vom Objekt zum Subjekt“ am 13. November 2003 von 9.00 bis 9.45 präsentiert.

## Ein Fluchtpunkt für Frauen



Foto: Brigitte Sommeregger, Kärntner Woche

Auf Einladung des Spittaler Frauenfluchtpunktes referierte am 9. April 2003 Univ. Ass. Dr. Marion Sigot über die Lebenssituation von Frauen mit geistiger Behinderung in Spittal. Einen wichtigen Schwerpunkt der Ausführungen bildete das Thema sexuelle Gewalt an Frauen mit geistiger Behinderung. Studien gehen davon aus, dass fast

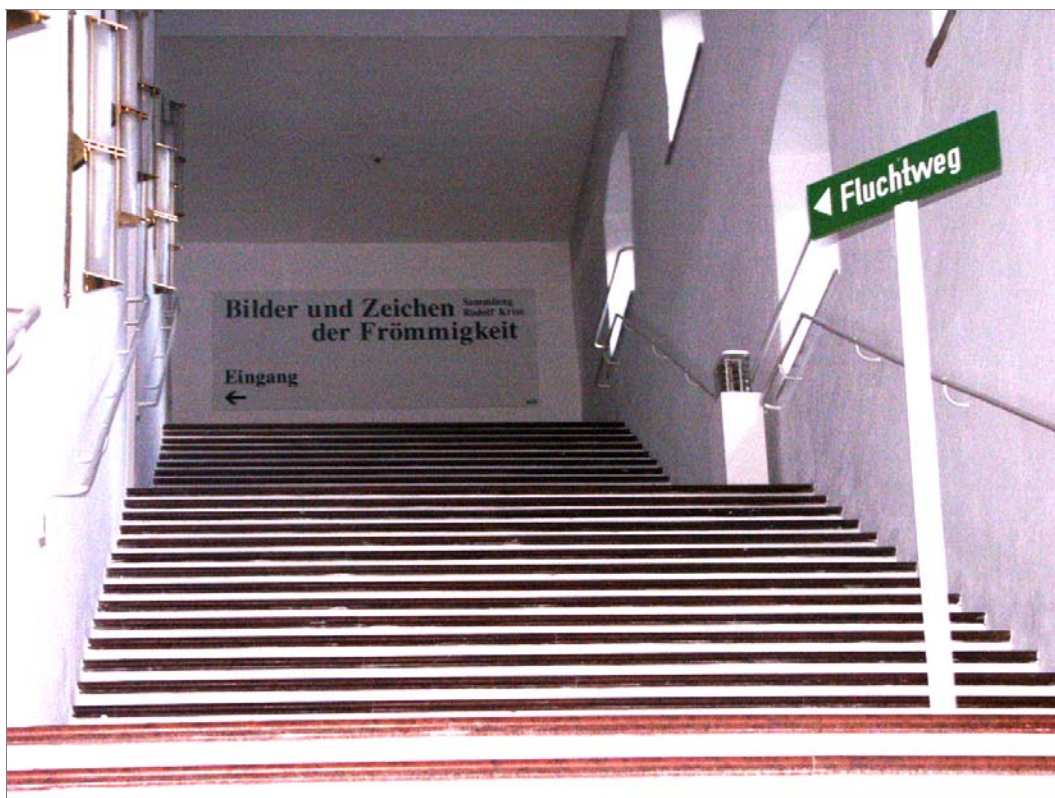
jede zweite Frau mit geistiger Behinderung bis zu ihrer Volljährigkeit damit konfrontiert wird, diese Tatsache stellt in unserer Gesellschaft aber ein Tabu dar.

Im Anschluss daran gab Frau Landesrätin Gabriele Schaunig-Kandut ihrer Hoffnung auf eine bessere gesellschaftliche Integration geistig behinderter Menschen und deren Angehörigen Ausdruck und versprach, sich - trotz knapper finanzieller Mittel - für den Ausbau der Hauskrankenpflege und den Weiterbestand des Frauenfluchtpunktes Spittal einzusetzen.

Die Angebote des Frauenfluchtpunktes umfassen: Versorgung von Frauen und deren Kindern nach physischer oder psychischer Gewalterfahrung, anonyme Kleinwohnungen, Hilfestellung bei Arbeits- und Wohnungssuche, Erarbeitung eines neuen Lebensentwurfes und Nachbetreuung.

Mag. Barbara Wernisch, Verein für Familienmediation und Frauenfragen, Berufliche Frauenberatung & Frauenfluchtpunkt, Spittal/Drau

## C®AMPUS



## Die Wissenschaft und ihre Lehre sind (nicht barriere-)frei

Text: Cordula Meindl | 28. Oktober 2003 | [www.bizeps.or.at](http://www.bizeps.or.at)

**Lange Umwege, unüberwindbare Hürden, fehlende Behindertentoiletten und Rampen ... die Liste der Hindernisse, mit denen behinderte Studierende an Österreichs Universitäten tagtäglich konfrontiert sind, ließe sich beliebig lange fortsetzen.**

So sind laut "Uniability", der Interessengemeinschaft behinderter und chronisch kranker Studierender, z.B. nur rund 50 Prozent der österreichischen Lehrsäle barrierefrei zugänglich. Fast schon zynisch mutet da der Hinweis von Bildungsministerin Gehrler an, dass "künftig die Förderungsdauer für behinderte Studierende um bis zu 50 Prozent verlängert werden" kann.

Bei der Studie zur sozialen Lage der Studierenden im Jahre 2002 bezeichneten sich zehn Prozent der StudentInnen als behindert. Jedoch weist Barbara Levc, Behindertenbeauftragte der Grazer Universitäten darauf hin dass "viele Betroffene es ablehnen, sich zu deklarieren". Und naturgemäß existieren keinerlei Daten darüber, wie vielen behinderten Menschen ein Studium aufgrund fehlender Voraussetzungen überhaupt verwehrt bleibt.

So begründet z.B. Siegfried Zottel seinen Abbruch des Soziologie-Studiums an der Uni Wien: "Mir war es einfach zu mühevoll, ständig Kollegen

um Hilfe zu bitten und lange Umwege machen zu müssen".

Etwas bessere Bedingungen finden behinderte StudentInnen an der WU-Wien vor, wo einige Adaptierungen vorgenommen wurden. Rektor Badelt meint zu diesem Thema: "Wir versuchen hier wirklich alle Standards zu erfüllen."



Trotz aller Mängel gibt es auch Fortschritte bei der Unterstützung behinderter StudentInnen wie z. B. das seit 2000 existierende "Interuniversitäre Institut für Informationssysteme zur Unterstützung sehgeschädigter Studierender - integriert studieren", wo unter anderem Lernunterlagen sehbehindertengerecht aufbereitet werden oder spezielle Vorbereitungskurse abgehalten werden.

Der behindertengerechte Uni-Umbau geht nur sehr langsam voran und inzwischen gilt wohl das Erfolgsrezept für das Studium, wie es Christian Hotz von der Universität Innsbruck beschreibt. "Ich habe versucht, möglichst nicht behindert zu sein".

## Klagenfurt: Zimmer frei in Wohngemeinschaft

Rollstuhlfahrer ( 25 Jahre, berufstätig ) sucht Mitbewohner/in zwecks persönlicher Assistenz zur Bewältigung des Alltags.

Die Wohngemeinschaft ist ein Pilotprojekt für den vom Verein „Beratungs-, Mobilitäts- und Kompetenzzentrum“ geplanten Aufbau eines kärntenweiten Persönlichen-Assistenz-Netzwerkes.

Nähere Info  
Tel. 0664 3906378  
email [office@walkon.at](mailto:office@walkon.at)

